

Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie vom
30.10.2025**

**im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,
27801 Neerstedt**

- Hybridsitzung -

AIE/010/2025

Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:08 Uhr

Tagesordnung:

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Feststellung der Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2025	
4.	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5.	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
6.	Bericht der Bürgermeisterin	
7.	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
.	Einwohnerfragestunde	
8.	Bau einer Ganztagschule; hier: Grundsatzentscheidung über den Standort mit 7 verschiedenen Varianten sowie Entscheidung über einen möglichen Neubau	2025/138
9.	Anfragen und Anregungen	
.	Einwohnerfragestunde	

**Teilnehmer:****Anwesend:****Mitglieder:**

Frau Beate Wilke	Ausschussvorsitzende
Herr Thore Güldner	MdL; für Ausschussmitglied Lorenz
Herr Sascha Henning	für Ausschussmitglied Wiechers
Herr Markus Knoop	für Ausschussmitglied Lüschen; anwesend ab 17:47 Uhr (TOP 8)
Herr Marcus Martens	
Frau Sabine Schütte	
Herr Rudolf Zingler	

Hinzugewähltes Mitglied:

Herr Andreas Hauth

von der Verwaltung:

Frau Antje Oltmanns	Bürgermeisterin
Herr Michael Moruz	
Frau Alexandra Seidel	

Protokollführerin:

Frau Lea Möller

Entschuldigt:**Mitglieder:**

Frau Elke Lorenz
Herr Jörg Lüschen
Herr Dietz Wiechers

**Hinzugewähltes Mitglied:**

Herr Jens Bakenhus

Herr Helge Kolweyh

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Wilke eröffnet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2025

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über die Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2025 abstimmen. Diese wird bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzende Wilke gibt keinen Bericht ab.



Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Eine Aussprache erfolgt nicht (vgl. TOP 4).

Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Oltmanns gibt keinen Bericht ab.

Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Eine Aussprache erfolgt nicht (vgl. TOP 6).

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17:17 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Sodann schließt Ausschussvorsitzende Wilke die Einwohnerfragestunde und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie um 17:17 Uhr.

**Zu TOP 8 Bau einer Ganztagschule;
hier: Grundsatzentscheidung über den Standort mit 7 verschiedenen
Varianten sowie Entscheidung über einen möglichen Neubau
Vorlage: 2025/138**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung und Erziehung behandelt.



Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel führt in die Thematik ein und übergibt anschließend das Wort an Bauamtsleiter Moruz, der die Variantenplanung vorstellt.

Auf Nachfrage des stellvertretenden Bürgermeisters Zingler teilt Bauamtsleiter Moruz mit, dass die Inklusion bislang nicht berücksichtigt wurde, da hierfür auch ein Umbau des Bestandsgebäudes erforderlich wäre. Ferner erklärt er, dass zunächst nur die reinen Baukosten ohne Berücksichtigung der Statik ermittelt wurden. Ziel war es, in einem ersten Schritt die Baukosten zu bestimmen, um auf dieser Grundlage eine Planungsvariante auswählen zu können. In einem weiteren Schritt soll anschließend die detaillierte Planung erfolgen.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler äußert, dass es seiner Ansicht nach noch viele Unbekannte gebe, die bislang nicht berücksichtigt seien – beispielsweise auch die Frage, wie mit den Lüftungsanlagen im Falle eines Neubaus verfahren wird.

Auf Nachfrage von der Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel erklärt hinzugewähltes Mitglied Hauth, dass seiner Meinung nach die Errichtung der Klassenräume im Dachgeschoss statisch unproblematisch sei. Lediglich der Brandschutz müsse erweitert werden, da er vermute, dass das bestehende Treppenhaus allein nicht ausreichend sei. Die Schule befinde sich seines Erachtens in einem energetisch sehr guten Zustand; auch der Brandschutz sei in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut worden. Er betont, dass die Planer ihrer Aufgabe sehr gut nachgekommen seien und das vorgestellte Konzept nicht zu beanstanden sei. Die ermittelten Kosten hält er zudem für realistisch. Insgesamt habe die Verwaltung eine gute Vorlage für die weitere Entscheidung vorgelegt.

Auf Nachfrage des stellvertretenden Bürgermeisters Zingler erläutert Bauamtsleiter Moruz, dass – wie in der Anlage als Hinweis vermerkt – Lüftungsanlagen, Whiteboards und ähnliche Ausstattungselemente nicht berücksichtigt wurden, sondern lediglich die reinen Baukosten ermittelt wurden.

Beigeordnete Roggenthien fragt, warum in allen Varianten die Kosten für die Container gleich angesetzt sind – auch für den Fall, bei dem kein Neubau, sondern lediglich ein Anbau, erfolgt.



Bauamtsleiter Moruz erläutert, dass auch bei einem Anbau die vorhandenen Räumlichkeiten nicht vollumfänglich nutzbar wären. Daher seien voraussichtlich in allen Varianten Container erforderlich, um die Schülerinnen und Schüler während der Bauphase unterzubringen.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth äußert sein Unverständnis hinsichtlich des geplanten Rückbaus der Grundschule Neerstedt. Seiner Meinung nach wäre ein Anbau die zielführendere Lösung.

Ratsherr Martens pflichtet dem bei.

Sodann erklärt Bauamtsleiter Moruz die Planungsvariante 2 anhand einer Zeichnung.

Ratsherr Rusche erkundigt sich, worin der Unterschied bei den gleich betitelten Aspekten liegt, die mit unterschiedlichen Summen angesetzt wurden.

Bauamtsleiter Moruz und hinzugewähltes Mitglied Hauth erläutern, dass es sich dabei um die Kostengruppe 300 „Baukosten“ und die Kostengruppe 400 „Technische Anlagen“ handelt. Hinsichtlich der Ausstattungskosten können derzeit noch keine detaillierten Angaben gemacht werden.

Ratsherr Martens bittet darum, die Gründe für den vorgesehenen Teilabriss darzulegen und zu erläutern, warum keine Erweiterung betrachtet worden sei.

Bauamtsleiter Moruz erklärt, dass eine Erweiterung aufgrund der Rundung des Gebäudes problematisch sei.

Beigeordneter Güldner bittet um einen Sachstand zur Thematik der Verlegung der Förderschule nach Wildeshausen und erkundigt sich, wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass bereits Kontakt mit dem Landkreis Oldenburg aufgenommen wurde. Seitens der Gemeinde Dötlingen bestehe das grundsätzliche Einverständnis zur Verlegung der Förderschule nach Wildeshausen. Dies habe sie dem Landkreis Oldenburg



entsprechend mitgeteilt. Ein Wechsel sei jedoch noch nicht beschlossen und voraussichtlich erst für das Schuljahr 2027/2028 vorgesehen. Ein Wechsel der Förderschule nach Wildeshausen werde nach aktueller Einschätzung aber voraussichtlich erfolgen.

Bauamtsleiter Moruz weist darauf hin, dass hinsichtlich der Variante in Neerstedt auch eine Erweiterung geprüft und gegebenenfalls auch ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden könnte. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie könnten die entsprechenden Kosten ermittelt werden.

Beigeordnete Roggenthien erkundigt sich, welche Varianten ohne die Förderschule in Neerstedt geplant sind.

Bauamtsleiter Moruz erklärt, dass die Varianten 4, 5 und 6 ohne die Förderschule geplant sind.

Ratsfrau Schütte äußert die Meinung, dass die Überlegungen weiter gefasst werden müssen. Es sollten nicht nur die reinen Baukosten, sondern auch die Folgekosten berücksichtigt werden. Dazu zählen unter anderem auch die Infrastruktur, insbesondere im Hinblick auf Sporthallen und ähnliche Einrichtungen.

Stellvertretender Bürgermeister Plate erkundigt sich, ob bei Variante 5 das gesamte Gebäude abgerissen wird.

Bauamtsleiter Moruz erklärt, dass lediglich der Bereich bis zur Aula betroffen ist.

Es wird die Schlussfolgerung gezogen, dass Variante 2 nicht in Betracht kommt.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth teilt mit, dass er den Abriss für problematisch hält und einen Anbau als einfachere Lösung ansieht.



Die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Energie Wilke spricht sich dafür aus, die Variante Neerstedt mit einer Erweiterung zu einer Gesamtschule (ohne Abriss) zu prüfen, und bittet darum, diese als neue Variante 8 zu berücksichtigen.

Ratsherr Martens merkt an, dass die Kostenkombinationen fehlen.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass die Varianten 3, 1 und 7 in Kombination zu betrachten sind, während die Varianten 4, 5 und 6 jeweils einzeln zu sehen sind.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie die geplanten Baukosten vorgestellt und die Unterschiede der einzelnen Varianten erläutert wurden. Dabei wurde deutlich, dass es im Wesentlichen nur folgende Möglichkeiten gibt:

- Erweiterung der bestehenden Schulen in Neerstedt und Dötlingen, oder
- Erweiterung einer der Schulen zu einer „Gesamtschule“ oder
- Neubau einer „Gesamtschule“, die beide bisherigen Schulen ersetzen würde.

Sie persönlich tendiere aktuell dazu, beide Schulen zu erhalten und entsprechend anzubauen.

Beigeordneter Güldner machte deutlich, dass ihm bewusst war, dass die verschiedenen Varianten nur in Kombination betrachtet werden können. Aktuell tendiert seine Fraktion zu einer Kombination aus Variante 1 und Variante 7.

Ratsfrau Huck äußert, dass ein zu umfangreicher Abriss ihrer Meinung nach nicht nachhaltig sei und bevorzugt daher einen An- bzw. Umbau. Sie bittet zudem darum, bei der Auswahl der Variante auch die Belastung für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen.

Ratsfrau Schütte betont, dass zunächst geklärt werden müsse, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, dass der Ort, an dem künftig keine Schule mehr existiert, an Attraktivität verlieren könnte.



Beigeordnete Roggenthien berichtet, dass in ihrer Fraktion ausführlich über beide Optionen diskutiert wurde. Sowohl ein Neubau als auch der Erhalt beider Schulen bringen ihrer Ansicht nach Vor- und Nachteile mit sich. Wichtig sei, die Orte beide weiterhin attraktiv zu halten. Aktuell tendiere ihre Fraktion zu Variante 1 und 7. Sie bittet aber, die neue Variante 8 zu prüfen.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass die Varianten 1 und 7 kostengünstiger sei als die Entscheidung zu einer „Gesamtschule“. Die Erweiterung in Neerstedt bringe allerdings Fördermöglichkeiten mit sich.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Energie Wilke weist darauf hin, dass der Großteil der Eltern ihre Kinder zur Schule fährt.

Bauamtsleiter Moruz betont, dass jeder Ort über einen eigenen, besonderen Anreiz verfügt:

- Brettorf: Bahnhof
- Neerstedt: Grundversorger
- Aschenstedt: Drehkreuz
- Dötlingen: Natur

Stellvertretender Bürgermeister Plate findet das Thema komplex, weil es viele Fragen aufwirft. Er sieht sowohl Vorteile bei zwei getrennten Schulen als auch Chancen bei einer Zusammenlegung. Dabei müssen Folgekosten und Unterhaltungskosten sorgfältig betrachtet werden. Er fragt, ob bei einer Zusammenlegung alle Schülerinnen und Schüler in einer Schule unterrichtet werden könnten, um keine Container nutzen zu müssen. Ursprünglich tendierte er zu einem kompletten Neubau, ist sich jetzt aber unsicher.

Bauamtsleiter Moruz teilt mit, dass eine Beschulung aller Schülerinnen und Schüler an einer Schule nicht möglich ist, da nicht genügend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Ratsherr Knoop sieht bei einer Zusammenlegung beider Schulen zahlreiche Vorteile hinsichtlich der Pädagogik. Die Schule erhalte dadurch u.a. mehr Fachlehrstellen sowie eine Konrektorin.



Hinzugewähltes Mitglied Otte bedankt sich für den pädagogischen Hinweis. Sie erklärt, dass die Arbeitsgruppe „Ganztag“ nach ihrem Kenntnisstand eine Zusammenlegung der Schulen und die Einrichtung einer „Gesamtschule“ befürwortet. Sie erörtert ihre Gründe für eine Zusammenlegung insbesondere im Hinblick auf das Ganztagsangebot. Sie befürchte, dass sich zwei Schulen die Angebote gegenseitig „wegnehmen“ könnten.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel gibt ihren Vorsitz ab, um sich an der Beratung inhaltlich zu beteiligen. Ihrer Meinung nach habe sich die Arbeitsgruppe „Ganztag“ intensiv mit der Thematik beschäftigt. Auch sie sieht die Folgekosten als problematisch an, wenn beide Schulen erhalten werden.

Ratsfrau Huck hätte nicht gedacht, dass die Zusammenlegung der Schulen Zuspruch findet.

Ratsherr Martens ist der Meinung, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen werden könne, insbesondere weil sich die pädagogischen Aspekte und die Baukosten voneinander unterscheiden.

Beigeordneter Güldner ist der Meinung, dass es eine sehr gute Diskussion ist und es viele Argumente für ein „Für und Wider“ gibt, da das Thema sehr komplex ist. Seine Fraktion befürworte aktuell Variante 1 und 7. Dies sei allerdings keine finale Entscheidung.

Ratsherr Knoop ist der Meinung, dass die Meinung der Arbeitsgruppe „Ganztag“ berücksichtigt werden müsse. Außerdem ist er auch der Meinung, dass nicht nur finanzielle Aspekte sondern auch das pädagogische Konzept betrachtet werden müssten.

Beigeordnete Roggenthien schlägt vor, einen festen Betrag für die Planungskosten im Haushalt zu veranschlagen und zu einem späteren Zeitpunkt über die Variante zu entscheiden, nach dem auch die Variante 8 betrachtet wurde. Im Zuge dessen müssten die noch offenen Fragen geklärt werden.



Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel teilt mit, dass sie einen konkreten Betrag für die Haushaltsplanung wissen müsse. Aktuell habe man Variante 1 und 7 als Grundlage genutzt.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Energie Wilke könne sich vorstellen, die mittlere Summe der Varianten als Grundlage für die Planungskosten zu wählen.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth spricht sich ebenfalls dafür aus, Planungskosten zu veranschlagen. Seiner Meinung nach sei es wichtig, die Variante 8 zu prüfen.

Beigeordneter Güldner bittet zu prüfen, in welcher Höhe der Betrag haushaltsrechtlich im Haushalt veranschlagt werden dürfte bzw. müsste.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel sagt eine Überprüfung zu.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel folgert, dass die SPD-Fraktion zu Variante 1 und 7 tendiert. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Planungskosten einzustellen und die Variante zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen. Die CDU tendiere zu einer Ganztagschule und der Prüfung von Variante 8.

Beigeordneter Güldner teilt mit, dass es sich um keine abschließende Tendenz der SPD-Fraktion handelt. Er bittet, Planungskosten einzustellen und die Varianten weiter zu prüfen.

Bürgermeisterin Oltmanns formuliert eine geänderte Beschlussempfehlung und schlägt vor, im Haushalt 2026 Planungskosten zu veranschlagen. Ferner solle die Verwaltung prüfen, welche Höhe angesetzt werden kann bzw. muss. Außerdem soll eine Variante 8 überprüft und der Grundsatzbeschluss zu einem späteren Zeitpunkt gefasst werden.

Stellvertretender Bürgermeister Plate könnte sich vorstellen, den Architektenwettbewerb im Beschlussvorschlag aufzunehmen.



Bürgermeisterin Oltmanns schlägt vor, erst die Variante 8 zu prüfen und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt das weitere Verfahren festzulegen.

Dies findet allseits Zustimmung.

Beigeordneter Güldner teilt mit, dass es wichtig ist, zeitnah die offenen Fragen zu klären, um einen Grundsatzbeschluss herbeiführen zu können.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel kann sich vorstellen, Anfang des Jahres die aufgetretenen Fragen mit der Projektgruppe zu besprechen.

Beigeordnete Roggenthien könnte sich vorstellen, dass Variante 8 kostengünstig sein könnte.

Hinzugewähltes Mitglied Leppin erkundigt sich, was mit den leeren Schulen geschehen wird, wenn man sich für eine „Gesamtschule“ entscheiden sollte.

Hinzugewähltes Mitglied Otte schlägt vor, die Schulleiterin der Grundschule Neerstedt Frau Selke zu einer der nächsten Fachausschusssitzungen einzuladen und um einen Bericht zu bitten, da diese eine Ganztagschule aufgebaut und geleitet hat.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Nachnutzung noch nicht näher betrachtet worden ist. Ferner teilt sie mit, dass Frau Selke bereits die Vor- und Nachteile einer Ganztagschule in einer Ausschusssitzung vorgestellt hat. Ihr persönlich sei nicht bewusst, dass sich die Arbeitsgruppe für eine Zusammenlegung und einer „Gesamtschule“ ausgesprochen hat. Sie kann sich vorstellen, dies konkret in dem nächsten Treffen der Arbeitsgruppe zu thematisieren.

Die allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Seidel teilt mit, dass das nächste Treffen für Anfang 2026 vorgesehen ist.



Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel schlägt vor, offene Fragen in der Arbeitsgruppe zu thematisieren.

Ratsfrau Schütte erkundigt sich, was mit den beiden Schulleitungen geschieht.

Beigeordneter Güldner schlägt vor, dass alle Fragen gesammelt werden.

Ratsherr Knoop befürwortet dies. Seiner Meinung nach könne die Arbeitsgruppe die verschiedenen Argumente einander gegenüberstellen.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Energie Wilke schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe Kontakt zu den Schulleitungen aufnimmt, um deren aktuelle Sichtweisen zu klären.

Bürgermeisterin Oltmanns sagt zu, dass dies die Verwaltung zeitnah macht und nicht erst auf die Zusammenkunft der Projektgruppe gewartet wird.

Sodann verliest Bürgermeisterin Oltmanns eine **neue mögliche Beschlussempfehlung**. Ferner teilt sie mit, dass bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses die haushaltsrechtliche Prüfung hinsichtlich der Planungskosten erfolgt sein wird.

Da allseits **Zustimmung zu der geänderten Beschlussempfehlung** erfolgt, lassen sowohl die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung Höfel als auch die Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Energie Wilke über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Erziehung nimmt die Beschlussempfehlung einstimmig bei 9 Ja-Stimmen an.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie nimmt die Beschlussempfehlung einstimmig bei 7 Ja-Stimmen an.



Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Ausschuss für Bildung und Erziehung empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„1. Im Haushalt 2026 sind Planungskosten einzustellen, um den An-, Um- oder Neubau der Grundschulen in Dötlingen und Neerstedt zu planen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Höhe Planungskosten haushaltsrechtlich eingestellt werden können, soweit man sich bis zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2026 noch nicht auf eine Planungsvariante verständigt hat.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine „Variante 8“ im Rahmen der Machbarkeitsstudie möglich ist , in der eine (andere) Erweiterung der Grundschule Neerstedt zur Umsetzung kommt.

3. Der Grundsatzbeschluss wird zu einem späteren Zeitpunkt gefasst.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Zu TOP 9.1 Anfragen und Anregungen - Handyempfang in Dötlingen

Ausschussmitglied Schütte fragt an, ob der Verwaltung Gründe bekannt sind, weshalb sich der Handyempfang im Ort Dötlingen immer weiter verschlechtert.

Bauamtsleiter Moruz verneint dies.



Zu TOP 9.2 Anfragen und Anregungen – „Schwelle“ in Aschenstedt

Beigeordneter Güldner weist darauf hin, dass der Zustand der „Schwelle“ in Aschenstedt sich zunehmend verschlechtert. Er regt an, den Mangel schnellstmöglich zu beheben.

Bauamtsleiter Moruz erklärt, dass der Auftrag bereits erteilt sei und er davon ausgehe, dass der Mangel in Kürze behoben wird.

Zu TOP 9.3 Anfragen und Anregungen - Arbeiten am Dorfgemeinschaftshaus in Klattenhof

Ausschussvorsitzende Wilke fragt an, wann die Arbeiten am Dorfgemeinschaftshaus in Klattenhof durchgeführt werden.

Bauamtsleiter Moruz sagt eine Überprüfung zu.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde um 19:08 Uhr.

Spielgerät „Ritterburg“ bei der evangelischen Kindertagesstätte „Unterm Regenbogen“

Auf Nachfrage einer Einwohnerin teilt Bauamtsleiter Moruz mit, dass mit dem teilweisen Rückbau des Spielgerätes „Ritterburg“ auf dem Spielplatz der evangelischen Kindertagesstätte „Unterm Regenbogen“ begonnen wurde. Aktuell strebe man den Erwerb eines neuen Spielgerätes an, welches im nächsten Jahr aufgebaut werden soll.

Nutzung des Spielplatzes der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ durch die Allgemeinheit außerhalb der Öffnungszeiten



Eine Einwohnerin erkundigt sich, ob es vorgesehen ist, den Spielplatz der neuen Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ auch außerhalb der Öffnungszeiten der Kindertagesstätte für andere zugänglich zu machen. Sie weist darauf hin, dass eine entsprechende Umfrage vorgenommen wurde.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass ihr die Umfrage nicht vorliegt und erklärt, dass eine derartige Öffnung für die Allgemeinheit aus verschiedenen Gründen aktuell nicht vorgesehen ist.

Sodann schließt Ausschussvorsitzende Wilke die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie um 19:08 Uhr.

Bürgermeisterin

Antje Oltmanns

Vorsitzende

Beate Wilke

Protokollführerin

Lea Möller